

Bild von [Gerd Altmann](#) auf [Pixabay](#)

„Das letzte Mittel“ – Krieg in der Ukraine und die Folgen

„Die Wahrheit stirbt zuerst“

von *Frank Bernhardt*

„Krieg ist furchtbar und schlimm!“ Das ist nach dem Einmarsch Russlands in die Ukraine, zuletzt nach den Bildern aus Butscha, in der hiesigen Öffentlichkeit und auch unter Freunden und Bekannten immer wieder zu hören. Und daran gibt es keinen Zweifel, denn nicht zuletzt wird die Zivilbevölkerung „wesentlich häufiger getötet oder verletzt als Mitglieder der Streitkräfte“ (web.de, 05.21). Laut CIA-Berichten sind fast 90% der Kriegsoffer weltweit Zivilisten, „viele davon Kinder“ (profil.at Nr.12, 03.22).

Statt es bei moralischen Klagen zu belassen, sollte man aber auf die Kriegsgründe, auf die Gegensätze, die zwischen und auch in den Staaten unterwegs sind, zu sprechen kommen. Denn sonst wird sich an den beklagten Zuständen nie etwas ändern lassen. Hier ein Versuch in diesem Sinne, auch wenn der Kriegsverlauf noch offen ist und solche Analysen zur Zeit eher verpönt sind, da mit der moralischen Parteinahme für die Ukraine alles geklärt sein soll.

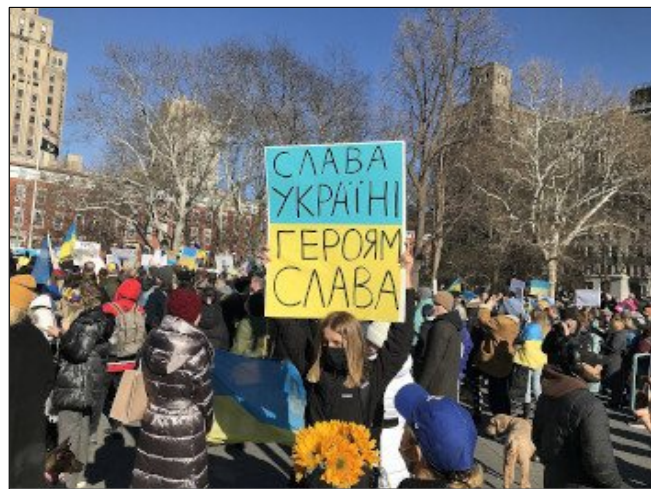
30 Jahre seit dem Ende der SU

Zur Vorgeschichte kurz Folgendes: 2009 stellten die USA der Ukraine schon einen Nato-Beitritt in Aussicht, es folgten in den Jahren danach Milliardensummen für NGOs, politische Par-

teien etc. Das Ziel war es, die aus der Erbmasse des aufgelösten „Realen Sozialismus“ übriggebliebenen bzw. neu gebildeten Staaten in die überlegene ökonomische und politische „Freiheit“ des westlichen Lagers zu überführen. Die erste Etappe dieser Bemühungen war die „bunte Revolution“ Anfang des Jahrtausends; 2014 dann der „Euromaidan“, der gewalttätige Sturz des gewählten Präsidenten, der das unterschriftsreife Assoziationsabkommen mit der EU ausschlug.

Im Westen wurde der Regimewechsel, da er ins Konzept passte, als „demokratische Revolution“ verkauft. Danach wurden die bewaffneten Kräfte der Ukraine zu „antiterroristischen Operation[en]“ (taz.de, 05.14) gegen die Ostprovinzen aufgerufen, die in einer föderalistischen Ukraine einen autonomen Status anstrebten. Ein Bürgerkrieg des neuen Regimes gegen Teile des eigenen Volkes, der bis heute über 10.000 Zivilisten das Leben kostete, war die Folge. 2021 folgte die neue ukrainische Kriegsdoktrin mit dem Ziel, „Straßen- und Häuserkämpfe in städtischer Umgebung“ (jungewelt.de, 03.21) in der Armee zu trainieren, um die Krim und die abtrünnigen Volksrepubliken zurückzuerobern. Selbstverständlich mit Hunderten von kriegserfahrenen Ausbildern aus den USA und England.

Die heutigen ukrainischen Einpeitscher auf westlichen Demonstrationen schreien „Slawa Ukrajini – herojam slawa!“ („Ruhm für die Ukraine - Ruhm für die Helden!“). Und die Teilnehmer stimmen z. T. frenetisch ein. Diese Parole stammt aus der ukrainischen Abteilung der deutschen Waffen-SS, also von den Nazi-Kollaborateuren, deren faschistische Nachfolgeorganisationen wie das Asow-Regiment ("Die Jungs von 'Asow' werden dort [aus den Bunkern in Mariupol] rauskommen und sie (die russischen Soldaten; d. Red.) verbrennen"



„Slava Ukraini“ bei einer Demonstration gegen den russischen Überfall auf die Ukraine in New York, 27.2.2022
Foto: Rgm38, [CC BY-SA 4.0](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Slava_Ukraini_demonstration_NY.jpg), via Wikimedia Commons

heise.de, 04.22 zitiert nach dem Portal *Obozrevatel* Arestowitsch) heute im Osten auch gegen die einheimische Bevölkerung vorgehen. Dies wird in der hiesigen Presse, die russische Kriegsverbrechen groß herausstellt, kaum zum Thema gemacht. Dabei werden in der Ukraine Russisch-Stämmige und Andersdenkende brutal traktiert – bis hin zum Mord. Und mittlerweile sollen zehntausende, ausländische Söldner aus vielen Staaten für die Ukraine kämpfen, dazu die von Selenskyj freigelassenen Faschisten aus ukrainischen Gefängnissen, die offiziell der ukrainische Armee zugeordnet sind. Da wird die Bevölkerung schnell als „Geisel“ bzw. „Schutzschild“ missbraucht. „Journalisten der Washington Post [berichten] ukrainische Panzerabwehrraketen, Flugabwehrkanonen und gepanzerte Mannschaftswagen in der Nähe von Wohnhäusern gesehen [zu haben]. Auf einem leeren

Grundstück entdeckten [sie] einen Lastwagen mit einem Grad-Mehrfachraketenwerfer. Kontrollpunkte mit bewaffneten Männern, Barrikaden aus Sandsäcken und Reifen sowie Kisten mit Molotowcocktails sind auf den Autobahnen und in den Wohnstraßen der Stadt allgegenwärtig.“ (krass-und-konkret.de, 04.22)

Von Waffenlieferungen und ...

Deutschlands „Zeitenwende“ bringt jetzt neue Aufgaben mit sich, so erhebliche Anstrengungen für eine europäische Aufrüstung, in der die Deutschen dann zur führenden Militärmacht aufsteigen sollen. „Medienberichten zufolge bereitet die Bundesregierung neue Waffenlieferungen in die Ukraine vor“ (tagesschau.de, 03.22) Verteidigungsministerin Lambrecht habe "keine Bedenken", dass die Sicherheit diesmal nicht „am Hindukusch“ (Struck, ein Amtsvorgänger), sondern näher an Deutschland verteidigt wird. Die Bundeswehr werde „die Ukraine auch in Zukunft bestmöglich in ihrer militärischen Ausstattung unterstützen“ (businessinsider.de, 03.22), so Frau Lambrecht. Dazu passt auch die eindeutige Ansage des EU-Chefdiplomaten Borell: „Dieser Krieg wird auf dem Schachtfeld entschieden“ (zeit.de, 04/22). Im Klartext steckt dahinter die „regelbasierte amerikanische Ordnung“ (Krass-und -konkret.de 04.22), die es weltweit auch gegen den Kontrahenten Russland mit seinen weltpolitischen Ansprüchen durchzusetzen gilt. Schon Obama verhöhnte Russland, indem er dem „größte[n] Land der Welt“ die Rolle einer „Regionalmacht“ (spiegel.de, 03.14) zuschrieb. So ist mittlerweile ein ukrainischer Sieg der „strategische Imperativ“ (handelsblatt.com, 04.22) des Westens, erklärte gerade das Außenministerium Englands. Endlich konnte sich auch die grüne Chefin des AA mit ihrer „feministischen Außenpolitik“, der Lieferung von „gepanzerten Fahrzeugen“ (tagesschau.de, 04.22), gegen den Kanzler durchsetzen, der ja lange wegen der Sorge zögerte, dass diese Lieferungen „womöglich einen Atomkrieg auslösen“ (tagesspiegel.de 04/22) können. Nach dem Treffen auf der „Air Base Ramstein“ (swr.de, 04.22), wo über 40 Staaten für die mehr Lieferungen, so auch `schwere Waffen`, votierten, sprach Frau Lamprecht von einem „großen und wichtigen Signal" für die „Solidarität“ mit der Ukraine. Ein Trauerspiel, wenn man nur bedenkt, dass dieser Begriff in der früheren Sozialdemokratie, zum Zusammenschluss unter den Arbeitern gegen Ausbeutung und Krieg verwendet wurde.

... Aufrüstung für 100.000.000.000 ...

Deutschland als ‚ökonomischer Riese, aber politischer Zwerg‘ arbeitet nun mit Hochdruck daran, diesen unausgeglichenen Zustand zu überwinden. Das plötzlich aufgetauchte Sondervermögen von immerhin 100 Milliarden Euro bringt das Land ein gutes Stück voran auf seinem Weg zur drittgrößten Militärmacht auf dem Globus.

Beim „Kauf des Atombombers F 35“ geht es dann um „nukleare Teilhabe im Fall eines Atomkrieges“ (ohne-ruestung-leben.de, 05.20). Darauf wurde ja lange genug gewartet: nicht mehr abhängig von den USA zu sein, die in Deutschland die atomwaffenfähigen Raketen aufgestellt haben - allerdings auch die Befehlsgewalt dafür in Anspruch nehmen. Zukünftig soll

die Befehlszentrale selbst entscheiden, wie man im Falle eines atomaren Schlagabtauschs auf russischem Territorium gleich mehrere ‚Hiroshimas‘ herbeiführen kann! Dazu passend die Aussage der Außenministerin Baerbock: „Wehrhaftigkeit entscheidet unsere Sicherheit“ (md.de, 03.23), um dann das Ziel zu formulieren, „Auseinandersetzungen mit Russland bis zum bitteren Ende durchzustehen.“ (FR, 03.22).

Im Klartext: Entweder wird Russland totgerüstet, wie damals die SU, oder in einer nuklearen Auseinandersetzung klein gemacht. Das könnte das „Todesurteil für die Menschheit bedeuten, bei dem es keine Sieger gibt“ (pressenza.com, 03.22), so N. Chomsky. Aber da gibt es ja immer noch das US-Ideal eines atomaren Krieges, der mit einem Enthauptungs-Erstschlag die atomare Antwort des Gegners verunmöglicht!



Kampfjet f-35 (US-Navy) 2011

Bild von [Wikimages](#) auf [Pixabay](#)

... alles zur Verteidigung der hohen Werte

Die Dreieinigkeit von ‚Freiheit, Demokratie und Menschenrechte‘ am Wertehimmel ist die passende Moral des gerechten Krieges gegen die Inkarnation des absolut Bösen, das (wie bisher) im Osten nisten soll. Dem steht das Gute gegenüber, ganz friedlich bis an die Zähne bewaffnet, und will dort wieder einmal bloß eine ‚gute Herrschaft‘ installieren.

Präsident Biden, als Frontmann und Scharfmacher von und für ‚god’s own country‘, dem Stammland der Demokratie, stimmt die EU und das größte Militärbündnis aller Zeiten, die NATO, auf einen "langen Atem" (deutschlandfunk.de, 03.22) ein. Das sagt ein Präsident, dessen Vorgänger etliche Eingriffe zum ‚regime change‘ mit geschätzten „30-50 Millionen Toten“ (profil.at Nr. 12, 03.22) zu verantworten haben. „Darunter fallen ... Exekutionen von gefangenen feindlichen Soldaten, die Misshandlung von Gefangenen während der Vernehmung, ... Folter und Gewalt gegen Zivilisten“ (WIKIPEDIA zu „Kriegsverbrechen der USA“). Ist da jemals der Gedanke in Erwägung gezogen worden, diese zu Kriegsverbrechern zu erklären? Der ukrainische Botschafter Andrij Melnyk rief gegenüber der Bildzeitung Anfang April dazu auf, „endlich Gas zu geben“ und „in die Top 3 von Waffenlieferanten“ der Ukraine aufzurücken. Schon skurril, Waffenlieferungen als Überbietungswettbewerb!

Frieden schaffen mit deutschen Waffen

Schon vor Jahren gab es Werbesprüche der Bundeswehr "Mach dich bereit, an dein Limit zu gehen" und "Mach dich bereit für echte Verantwortung!" (Behörden Spiegel, 05.15), um auch junge Menschen für den ‚Dienst an der Waffe‘ zu gewinnen. Schon 2009 drängte der damalige Verteidigungsministers Jung (CDU) darauf, die Bürger und Bürgerinnen, natürlich auch in den Schulen, aktiv zu unterrichten, "um [ihnen] den Sinn bewaffneter Auslandseinsätze zu



Foto: Bredehorn Jens / pixelio.de

vermitteln" (taz.de, 12/10). Gegen den „Kooperationsvertrag“ (nd-aktuell.de, 08/21) zwischen dem „Bildungsministerium“ und der „Bundeswehr“ haben sich vor Kurzem die GEW in Schleswig-Holstein und auch andere LV stark positioniert. Auch der LV Hamburg ist gegen Militär-Werbung an den Schulen und die Rekrutierung von unter 18-jährigen aktiv geworden. 2020 hat es immerhin „1.148“ neu einstellte „Minderjährige“ (gew.de, 01/21) in die Bundeswehr gegeben.

Die Berliner SPD hat vor 3 Jahren auf ihrem Landesparteitag den Beschluss „Für Töten und Sterben macht man keine Werbung“ (news4teachers.de, 04/19) gefasst, Parteiprominenz hat sich sofort dagegen verwehrt. In Zeiten des Krieges spricht H.-P. Meidinger vom „Deutschen Lehrerverband“ über ein „enormes Informationsbedürfnis über sicherheitspolitische Fragen“ (welt.de, 04/22) und wirbt dafür, „Jugendoffiziere der Bundeswehr in den Unterricht einzubinden“. Noch eine „Zeitenwende“!

Für das `Fußvolk` sollen die genannten moralischen Gründe klarstellen, dass man dem eigenen Staat die Daumen drücken, den andern verteufeln und die kommenden wirtschaftlichen Schäden opferbereit annehmen muss. Da darf man gar nicht die Frage stellen, was Herr X in Osdorf mit seinem Niedriglohn-Job von der hochgelobten deutschen Demokratie eigentlich hat, die ihm jetzt noch einmal ausdrücklich mit harten Zeiten kommt? Oder ob Frau Y als Rentnerin mit geringer Rente in Putins ‚Autokratie‘ eigentlich nichts fehlt außer richtigen Demokraten vom Schlage eines Finanzministers Lindner, der auf staatliche Sparsamkeit bei den Sozialkosten achten will.

Wenn „unsere friedliche Ordnung angegriffen wird“ (deutschland.de, 02.22), so Außenministerin Baerbock vor der UNO, die ja auch in der mit Milliarden hochgerüsteten Ukraine herrschen soll, wird die Devise „Keine Waffen in Kriegsgebiete zu liefern“ ad acta gelegt.



Bild von Vallens auf Pixabay

Kürzungsmaßnahmen als Kriegsfolgen - „Wir können auch einmal frieren für die Freiheit“ (Ex-Bundespräsident Gauck)

„Wohlstandsverlust in Deutschland“ (bild.de, 04.22) kündigt Finanzminister Lindner an und sagt damit, wer die immensen zukünftigen Kriegskosten der Regierung zu finanzieren hat:



Preiserhöhungen der Mineralölkonzerne für Diesel lagen Anfang Januar bei knapp 1,60 €, wurden bis Mitte März auf ca. 2,30 € erhöht. Lebensmittel werden eminent verteuert, und der deutsche Einzelhandelsverband erwartet eine „zweite Welle der Preissteigerungen“ des Handels, die „mit Sicherheit zweistellig“ (jungewelt.de, 04.22) wird.

Bei den Rentenzahlungen sollen dagegen bis 2026 einige Milliarden eingespart werden. Auch von der „Energiekostenpauschale von 300 Euro“ kriegen die Ausgedienten nichts zu sehen. Die etwas über 5% im Westen und über 6 % im Osten im Sommer anstehenden Rentenerhöhungen kamen bei der Wirtschaft überhaupt nicht gut an. Heute ist klar, dass die gestiegene Inflation auch mit der Rentenerhöhung demnächst eine Rentenkürzung darstellt. All das sind Maßnahmen, um die Kriegskasse aufzubessern!

Übrigens: Laut dem New Yorker „Wall Street Journal“ (04.22) wäre der Ukraine-Krieg bis zur letzten Minute zu vermeiden gewesen. Entscheidend für den russischen Befehl zum Angriff sei die Weigerung von Regierungschef Selenskyj gewesen, auf die Option eines NATO-Beitritts zu verzichten.



Über den Autor

Frank Bernhardt (*1949) Ausbildung zum Industriekaufmann, anschließend Studium und Abschluss zum VR-Lehrer, dann Junglehrer an einer Hamburger Förderschule mit Abschluss des 2. Staatsexamens, kurz darauf Sonderpädagogisches Aufbaustudium mit Abschluss, 40-jährige Tätigkeit an Förderschulen und mehrjährige im Personalrat VR So sowie im Schul-P, ab 2015 im Ruhestand. Seit 1968 Mitglied in der IG Metall, danach bis dato in der GEW. Veröffentlichungen in der Hamburger Lehrerzeitung (hlz), im Magazin AUSWEGE und im GEWERKSCHAFTSMAGAZIN sowie auf Telepolis.

Kontakt:

Bernhardt@alstersite.de